

Soziale Vagabunden oder revolutionäre Helden?

Zur Sozialgeschichte der Ruhrbergarbeiter 1880-1920*

Franz Josef Brüggemeier, geboren 1951 in Bottrop, studierte Geschichte, Sozialwissenschaften und Medizin in Bochum, München, York, Bremen und Essen. Seit 1975 Mitarbeiter im Fach Geschichte an der Universität Essen, promoviert über ein Thema zur Sozialgeschichte der Ruhrbergleute 1890 bis 1918.

Moderne Nomaden

„Das Gefühl der Selbsthaftigkeit ist im Laufe der letzten Jahre . . . gänzlich abhanden gekommen . . . Von einer Wohnung kann . . . kaum mehr die Rede sein, höchstens von einem temporären Obdach, von steinernen Zelten, welche beständig ihre Besitzer wechseln . . . So geht ein Zug der Unruhe und Verängstigung durch die ganze Bewohnerschaft . . . ; ein flüchtiges Nomadentum tritt an die Stelle einer ruhigen, angemessenen bürgerlichen Existenz und die Metropole . . . beherbergt in ihren Mauern eine ewig wandernde, sich gewaltsam drängende und stoßende Bevölkerung, (die) voll Mißmut über die Unsicherheit ihres häuslichen Lebens . . . immer mehr das Gefühl für die Anhänglichkeit an den heimatlichen Boden . . . verlieren und den gesunden Sinn für die Ordnung und Ruhe einbüßen muß¹.“

Mit diesen oder ähnlichen Worten versuchten Zeitgenossen eine Erscheinung zu beschreiben, die ihnen unverständlich war, für deren Erfassung sie keine angemessenen Begriffe hatten und die ihnen Angst und Schrecken einflößte: Es handelte sich um den Zug in die Großstadt, jene moderne Völkerwanderung, die zum explosionsartigen Wachstum alter Städte und zur Herausbildung neuer städtischer Zusammenballungen und Wucherungen führte, bei der die arbeitende Bevölkerung immer wieder ihre Wohn- und Arbeitsstätte wechselte und die an Zustände erinnerte, „die vor aller Selbsthaftigkeit und Kultur lagen“². Die hier zutage tretende begriffliche und

* Ausführliche Literatur- und Quellenangaben finden sich bei der Originalfassung des Beitrages in: Lutz Niethammer (Hg. unter Mitarbeit von Werner Trapp): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“, Frankfurt 1980, S. 193-213. Neben der in den folgenden Anmerkungen genannten Literatur sei noch verwiesen auf: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glückauf Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979; Erhard Lucas: zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1976 sowie die beiden von Gewerkschaftsführern vor dem Ersten Weltkrieg verfaßten und immer noch sehr wichtigen Arbeiten: Otto Hue: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. 2 Bde., Stuttgart 1910/13. Heinrich Imbusch: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung, Essen o. J. (1908).

1 B. Friedmann, die Wohnungsnot in Wien, Wien 1857; zit. nach Engel: Die moderne Wohnungsnot, Leipzig 1873, S. 6.

2 Wiedfeldt: Das Aftermietwesen der Stadt Essen nach der Aufnahme vom 1. Dezember 1900; in: Beiträge zur Statistik der Stadt Essen, H. 7, Essen 1902, S. 50.

sprachliche Unzulänglichkeit ist ein Problem, das sich auch heute noch ergibt, wenn die Lebens- und Arbeitsbedingungen der mobilen Zuwanderer untersucht werden sollen. Die in der ständischen Gesellschaft noch bestehende Einheitlichkeit von Produktions- und Reproduktionssphäre mit ihrer eigentümlichen Verknüpfung des öffentlichen und des privaten Bereichs war mit der Herausbildung des Kapitalismus zerfallen; der in der weiteren Entwicklung eigentlich wichtige Bereich scheint der öffentliche gewesen zu sein, und er ist es auch, der das Interesse der Historiker weitgehend auf sich zog.

Hier, wo durch Organisationsformen der bürgerlichen Öffentlichkeit wie Parteien und Gewerkschaften, Parlament und Presse, Strukturen vorgegeben sind, an denen sich die Forschung orientieren kann, befinden sich die Historiker auf vertrautem Gebiet. Im Gegensatz dazu präsentiert sich der private Bereich als eine Grauzone, die je nach Standpunkt der Autoren unterschiedlich dunkel eingefärbt wird. Angesichts der Übermacht kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse gerinnt ihnen das Proletariat zum Objekt vielfacher Ausbeutung und Unterdrückung und scheint erst dann handlungsfähig, wenn es auf öffentlicher Ebene agiert. Der private Bereich wird kaum als eigenständiges Untersuchungsthema angesehen, sondern überwiegend unter dem Aspekt seiner Funktion (bzw. Dysfunktion) für politische oder sonst öffentliche Organisationen betrachtet. Das gilt vor allem für die große Zahl der mobilen, ungelerten, nicht organisierten Arbeiter. Im öffentlichen Bereich erschienen sie vor dem Ersten Weltkrieg nur gelegentlich; in Parteien und Gewerkschaften waren sie fast gar nicht vertreten, und eigene Organisationsformen oder gar Institutionen haben sie nicht geschaffen. Was bleibt, ist, ihre Lebensbedingungen zu schildern, wobei sie häufig in die Nähe des Lumpenproletariats gerückt werden. Ihre Situation wird als „entwurzelt“ beschrieben oder als Ausdruck eines Anpassungskonfliktes, was die Herausbildung angemessener Verhaltensweisen und Orientierungen verhindert hätte. Zuweilen drängt sich der Eindruck auf, sie hätten erst gesicherte und geordnetere Verhältnisse erreichen müssen, um dann zu den gegebenen Institutionen finden zu können.

Das Beispiel des Ruhrbergbaus

Die hier angedeutete Problematik wird besonders deutlich, wenn die Entwicklung des Ruhrbergbaus von etwa 1880 bis 1920 untersucht werden soll. Mit der preußischen Bergrechtsreform der Jahre 1850/65 war der Bergbau staatlicher Kontrolle und Zuständigkeit entzogen und die kapitalistische Ausnutzung der Kohlenlager ermöglicht worden. Der so „befreite“ Bergbau expandierte vor allem seit den 80er Jahren in einem atemberaubenden Tempo, was sich u. a. an der Entwicklung der Arbeiterzahl erkennen läßt; von 1850 bis 1910 stieg sie von 12 300 auf 342 200 an.

Dieses Wachstum war nur durch eine Zuwanderung von Arbeitskräften möglich, die anfänglich aus der näheren Umgebung, dann aus Westfalen und dem Rheinland

und schließlich seit den 1880er Jahren vor allem aus den östlichen Provinzen kamen. Hinzu kam ein beträchtlicher Anteil an Ausländern (Österreichern, Ungarn, Holländern, Russen), so daß sich eine sehr bunt zusammengesetzte Arbeiterschaft ergab, die, ähnlich wie die Arbeiter in anderen Ballungsräumen, häufig ihren Arbeitsplatz und ihren Wohnort wechselten. Sie dürften ähnliche Probleme gehabt haben wie andere Zuwanderer aus ländlichen Gebieten: keine bzw. nur eine unzureichende berufliche Ausbildung, schlechte Verdienstmöglichkeiten, ungenügende Wohnverhältnisse, hohe Fluktuation.

In einem Punkt jedoch bestand ein großer Unterschied: unter den Ruhrbergleuten kam es zu massiven Streiks, die durch große Solidarität und Disziplin gekennzeichnet waren; 1889 streikten annähernd 100 000 Bergleute und 1905 220 000, d. h. zwischen 80 und 90% der Untertagebelegschaft; 1912 scheiterte ein weiterer Streik an der Uneinigkeit der Gewerkschaften, und im Anschluß an die Novemberrevolution legten über 300 000 Bergleute die Arbeit nieder, um eine Sozialisierung des Bergbaus zu erreichen. Es wäre zu untersuchen, weshalb sich bei den Belegschaften trotz ihres zusammengewürfelten Charakters und der hohen Fluktuation das Potential für die genannten Bewegungen herausbilden konnte. Eine starke gewerkschaftliche Organisation kann nicht als Grund hierfür genannt werden: 1889 gab es noch keine Gewerkschaft; 1905 gab es vier verschiedene, die jedoch anfänglich den Streik verhindern wollten und ihn erst trugen, als er nicht mehr aufzuhalten war, und auch die Sozialisierungsbewegung des Jahres 1919 kam gegen ihren Willen zustande.

Da auch der parteipolitische Einfluß im hier untersuchten Zeitraum gering war, drängt sich angesichts der untergeordneten Rolle dieser traditionellen Elemente der Arbeiterbewegung die Vermutung auf, bei den Bergleuten seien „ursprüngliche — noch organisatorisch und ideologisch ungeformte - Triebkräfte“ ausschlaggebend gewesen und hätten die Solidarität und den Umfang ihrer Bewegungen bedingt³. Diese Triebkräfte werden vor allem in den Lebens- und Arbeitsbedingungen gesehen, wobei die Argumentation sich auf drei Erklärungsmomente stützt. Das erste entspricht der Entwurzelungsthese, die durch den Hinweis auf den zusammengewürfelten Charakter der Belegschaft und deren hohe Fluktuation gestützt wird. Als entscheidender zusätzlicher Faktor wird der Grubenmilitarismus mit einem umfassenden Straf- und Disziplinarsystem angesehen, unter dessen Druck die Arbeiter mehr als einmal zum Mittel des Streiks griffen. Schließlich wird auf die Bedeutung ständischer Traditionen verwiesen: Erst im Streik von 1889 und der darauf folgenden Gewerkschaftsgründung seien sie überwunden und ein den kapitalistischen Produktionsbedingungen angemessener Bewußtseinsstand erreicht worden. Dieser jedoch sei nicht beibehalten worden, da sich neben Zuwanderung, Fluktuation und

³ So Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963, S. 110.

Grubenmilitarismus vor allem religiöse und politische Unterschiede als „organisationshinderliche, rationale Formen der Konfliktregelung hemmende Merkmale“ erwiesen hätten⁴. Zumindest die späteren Streiks und auch die Sozialisierungsbewegung erscheinen so als Ergebnis besonderer Not und Unterdrückung. In dieser Charakterisierung herrscht weitgehende Übereinstimmung, allerdings werden daraus unterschiedliche Schlüsse gezogen.

Auf der einen Seite scheinen die Lebensbedingungen dazu geführt zu haben, daß die Bergarbeiterschaft zu dem in der Theorie so lange vermißten revolutionären Subjekt wurde; diese Argumentation findet sich bei Vertretern der These von der „anderen Arbeiterbewegung“, die die Lage der Arbeiter in besonders dunklen Farben schildern, um sie anschließend wie ein Phönix aus der Asche tiefer Not in die helle Sphäre revolutionären Bewußtseins aufsteigen zu lassen. Es vermag jedoch nicht einzuleuchten, wie eine derart geknechtete und als Objekt von Unterdrückungsverhältnissen beschriebene Arbeiterschaft zum selbstbewußten Träger revolutionärer Veränderung werden kann. Da ist es überzeugender, in ihren Aktionen eine soziale Protestbewegung zu sehen, die vor allem in der schlechten materiellen Lage der Bergleute begründet ist und keine darüber hinausgehenden Strukturen aufweist, so daß nicht die Ursachen der Bewegungen, sondern vielmehr ihre politischen Konsequenzen als diskussionswürdig erscheinen⁵.

Gegen dieses Vorgehen lassen sich mehrere Argumente vorbringen. Die These, die solidarischen, mehrere Wochen dauernden und sehr diszipliniert verlaufenden Streiks seien das Ergebnis einer besonderen Notsituation gewesen, läßt sich nur schwer mit den Ergebnissen der Protestforschung vereinbaren, die im allgemeinen in der Not einen desolidarisierenden Faktor sieht. Auch der Hinweis auf die ständische Orientierung nennt in erster Linie ein Element, das die Herausbildung von Kampfesformen erschwerte, die den kapitalistischen Verhältnissen entsprachen, und vermag kaum zu erklären, weshalb es gerade unter den Ruhrbergleuten zu Ausständen kam. Das gilt um so mehr, als bereits 1889 die Mehrheit der Bergleute aus ländlichen Gebieten zugewandert war und nicht in der bergmännischen ständischen Tradition gestanden hatte. Wenn auch die „Rechte der Väter“ immer wieder zur Begründung von Forderungen gedient haben, so erscheint es doch fraglich, hierin den Faktor zu sehen, der trotz aller Schwierigkeiten solidarische Aktionen ermöglichte. Es scheint, daß sich in erster Linie die Schwierigkeiten nennen lassen, die solidarische Aktionen erschwerten, während die Faktoren, die sie ermöglichten, im unklaren bleiben.

4 Klaus Tenfelde, Konflikte und Organisationen in einigen deutschen Bergbaugebieten 1867-72 in: *Geschichte und Gesellschaft* 3 (1977), S. 212-235, hier S. 234; vgl. das zum Standardwerk avancierte Buch desselben Autors: *Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert*, Bonn-Bad Godesberg 1977.

5 Zur sozialen Protestbewegung vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Die deutsche Revolution 1918-1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4,3 (1978), S. 362-91; zur anderen Arbeiterbewegung E. Brockhaus: *Zusammenhang und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem Ersten Weltkrieg. Zur Krise der professionellen Arbeiterbewegung*, München 1975.

In dieser Situation gewinnen Befragungen älterer Bergleute, die die beschriebenen Störfaktoren und Schwierigkeiten am eigenen Leibe erlebt haben, eine zentrale Bedeutung. Die Ruhe und Selbstverständlichkeit, mit der sie über ihr Leben berichten, der Stolz auf den Bergmannsberuf, der aus ihren Äußerungen spricht, dies steht in auffälligem Gegensatz zu zeitgenössischen Schilderungen und läßt auch einige der Annahmen und Thesen der historischen Forschung nicht mehr ganz so plausibel erscheinen.

Das gilt weniger für die im engeren Sinn politischen Bereiche wie etwa die Revolution 1918/19 oder den Kapp-Putsch. Hier ist es schwierig, zwischen Selbsterlebtem, Gehörtem oder Angelesenem zu unterscheiden. Im Alltagsbereich hingegen, wie z. B. bei den Wohnverhältnissen, den Arbeitserfahrungen, der Zuwanderung, der Zeit als Schlafgänger lassen sich Informationen erhalten, die erstaunlich genau sind und die in einem zweiten Schritt zu einem umfassenden Bild zusammengesetzt werden können. Wenn man erfährt, mit wem Kostgänger ihr Zimmer oder ihr Bett teilten, wie sie ihre Freizeit verbrachten, dann lassen sich allgemeine Aussagen zum Verhältnis Kostgänger/Familien machen, und man ist nicht auf Meinungsäußerungen zu dieser Frage verwiesen, bei denen kaum zu unterscheiden ist zwischen romantisierender Nostalgie oder Verbitterung alleingebliebener alter Leute. Es stellt sich jedoch das Problem, die Informationen zum Alltagsbereich in eine Argumentation umzusetzen, die deren spezifische Qualität berücksichtigt, aber auch die schriftliche Überlieferung einbezieht. Dies soll in einer Argumentation versucht werden, die sich an die vier grundsätzlichen Möglichkeiten anlehnt, die es zur Lösung der dringendsten Probleme der Zuwanderung und der alltäglichen Schwierigkeiten gab: a) durch staatlichen Eingriff; b) über Vermittlung des kapitalistischen Marktes; c) durch familiäre und informelle Strukturen; d) durch politische und gewerkschaftliche Organisation.

Wohnraummangel und Schlafgänger

Die Kommunen des Ruhrgebiets waren auf den Zustrom an Arbeitern nicht vorbereitet und hatten weder die Mittel noch den Willen, eine nennenswerte Sozialpolitik zu betreiben. Es handelte sich meist um Landgemeinden, die bis zu 100 000 Einwohner zählen konnten. Ihr geringer finanzieller Spielraum wurde fast völlig von den Ausgaben für Straßenbau und Schulkosten verzehrt, die Armenfürsorge oder andere soziale Maßnahmen blieben auf der Strecke. Auch zur Lösung des brennendsten Problems, der Wohnungsfrage, trugen die Gemeinden nicht bei. Die Gemeinderäte vertraten die Interessen der Haus- und Grundbesitzer und versuchten, kommunale Eingriffe abzublocken. Die marktwirtschaftliche, ihren Profit sichernde Lösung, die sie durchsetzten, erwies sich jedoch als wenig leistungsfähig: der Zustrom an Arbeitern war zu groß und das Bürgertum zahlenmäßig und finanziell zu schwach, als daß es für einen ausreichenden Wohnungsbau sorgen konnte; die hier bestehende Lücke mußte vom Werkswohnungsbau erfüllt werden, der seine eigent-

liche Bedeutung im Bergbau nach 1890 erlangte. Auch dieser wäre allerdings unzureichend geblieben, wenn nicht familiäre Strukturen eine große Leistungsfähigkeit bewiesen hätten: Etwa 20% der Bergleute - das waren 1914 ungefähr 80 000 - wohnten als Kostgänger in einer Familie. 1901 gab es - im statistischen Durchschnitt - in jeder zweiten Zechenwohnung einen Kostgänger.

Durch das Zusammenrücken der Familien wurde jedoch nicht nur Wohnraum für Zuwanderer bereitgestellt. Die Familien konnten durch die zusätzliche Einnahme kritische Phasen des Lebensablaufes wie Kinderaufzucht, Krankheiten sowie Arbeitsunfähigkeit bzw. den Tod des Ernährers - die bei der hohen Unfallrate im Bergbau jederzeit drohten - besser überstehen. Die ledigen Arbeiter, aus denen sich die Schlafgänger fast ausschließlich rekrutierten, hatten in den aufnehmenden Familien eine Anlaufstation, die ihre hohe Fluktuation erst ermöglichte. Wie wichtig diese Institution für Zuwanderer war, läßt sich daran erkennen, daß es 1908 im Ruhrgebiet in 66% der polnischen Haushalte einen Schlafgänger gab und 1912 noch in 56%; bei den Masuren lagen die Zahlen niedriger: 40% bzw. 18%. Wohnungsreformer sahen in der Schlafgängerei ein Zurücksinken „des großstädtischen Fabrikproletariats auf das Niveau der Barbarei und Bestialität, der Rohheit und des Rowdiums“⁶, die Zechen förderten hingegen diese Einrichtungen, da sie vermutlich ihre Bedeutung besser einzuschätzen vermochten. Die Familienform, die sich dabei herausbildete, läßt sich am besten als „halboffene Familienstruktur“ beschreiben, und der größte Teil der Probleme, die sich aus der Zuwanderung ergaben, wurde weder über den kapitalistischen Markt noch durch staatliche Sozialpolitik, sondern vielmehr in diesen Solidarstrukturen gelöst. Dies galt nicht nur für die Bergleute, bei denen sie jedoch aufgrund ihrer besseren materiellen Situation mehr als ein Arrangement mit der Not waren und bei denen Strukturen am Arbeitsplatz diesen Zusammenhang zusätzlich verstärkten.

Es fehlte nicht an Versuchen der Verwaltung und des Bürgertums, die Lebensverhältnisse der Bergleute nach eigenen Vorstellungen umzuformen. Besonders auffällig sind die Bestrebungen um eine Wohnungsreform und hier vor allem die Schlafgängerfrage. Eine Flut von Denkschriften, Vorschlägen, Konferenzen und Polizeiverordnungen sollte dazu dienen, das „Problem“ auf dem Verwaltungswege zu lösen. Dabei wurde kein zusätzlicher Wohnraum geschaffen - das ließ das Haus- und Grundbesitzerinteresse nicht zu -, das Problem sollte vielmehr durch Reglementierung gelöst werden: Schlafgänger sollten aus den Familien hinaus- und in besser kontrollierbare Ledigenheime hineingetrieben werden. Allein, auch hier erwiesen die Verhältnisse sich als stärker: es wurde allenfalls erreicht, daß Schlafgänger eine Familie verließen, um dann jedoch zu einer anderen zu ziehen.

Die Auseinandersetzungen weisen auf einen Faktor hin, dessen Bedeutung erst in Ansätzen abschätzbar ist: das Verhältnis zum eigenen Körper und damit im

⁶ E. Erike: Private, genossenschaftliche und städtische Wohnungspolitik in Essen/Ruhr vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Stuttgart 1902, S. 151.

Zusammenhang stehende Verhaltensweisen und Formen sozialer Kommunikation. Aus den Schriften bürgerlicher Reformer spricht eine Angst vor einer (befürchteten) Unbefangenheit, Direktheit und Körperlichkeit der Arbeiter, und sie wiesen auf Emotionen und Triebe hin, die sie bei sich selbst augenscheinlich nur mit Mühe unterdrücken konnten. Ob die Arbeiter wirklich „freier“ waren, läßt sich kaum entscheiden. Ihre Sprache zumindest war nüchterner und unbefangener. Was in den Schriften „Abschaum“, „Verrohung“, „Barbarei“ und „Bestialität“ heißt, nannten Ruhrbergleute „volle Kost voll“. „Halbe Kost“ hieß eine Schlafstelle, die Mittagessen und Morgenkaffee einschloß; „volle Kost“ umfaßte alle Mahlzeiten und bei „voller Kost voll“ war auch die Kostmutter inbegriffen. Ob letzteres so häufig war, wie die Überlieferung wahrhaben will, ist sehr zweifelhaft. Sicher aber ist, daß Familien mit Schlafgängern - wie Arbeiterfamilien überhaupt - nicht eine hermetisch abgesicherte Intimsphäre aufbauen konnten. Sie tauschten nicht nur Worte, Resolutionen und Programme aus, sie teilten auch elementare Lebensäußerungen und hatten eine sinnliche Erfahrung von Gemeinsamkeit, die sich in den Studierzimmern und den Rauchsalons des Bürgertums kaum eingestellt haben dürfte. Besonders auffällig waren die Unterschiede im Arbeitsbereich. Bergleute arbeiteten mit entblößtem Oberkörper, in größeren Tiefen nur notdürftig bekleidet, sie strengten sich an, schwitzten gemeinsam und wuschen einander in den Kauen; sie setzten gemeinsam ihren Körper ein, der ihr wichtigstes Werkzeug war. Eine derart körperlich erlebte Gemeinsamkeit war sicherlich nicht ohne Bedeutung für die kollektiven Aktionen der Bergleute, für deren Zustandekommen nicht erst die Mauer und Panzer mühsam erworbener und verteidigter Intimität und isolierter Individualität durchbrochen werden mußten.

Die bergmännische Arbeit

In Untersuchungen der bergmännischen Arbeit wird das extrem hierarchische System des Grubenmilitarismus betont, das zusammen mit den schlechten Arbeitsbedingungen als wichtiger Streikgrund gesehen wird. Das trifft nur bedingt zu. Vor allem für die Zuwanderer bedeuteten die Verdienst- und Arbeitsbedingungen im Ruhrbergbau - in der Regel - eine Verbesserung gegenüber ihrer vorherigen Situation, und ihre Erfahrung läßt sich nicht mit dem Begriff „Dequalifikation“ beschreiben. Nahezu jeder konnte zum qualifizierten Bergmann, d. h. zum Hauer aufsteigen, so daß die Ungelernten nicht - wie in anderen Industrien - auf einen Handlanger- oder Angelerntenstatus beschränkt blieben. Der wichtigste Grund hierfür lag in dem technischen Stand der Kohlegewinnung, die bis in die 1920er Jahre hinein „von Hand“, d. h. mit Hilfe von Picke, Schaufel und Dynamit geschah und von den Hauern durchgeführt wurde. Jede Zunahme der Förderung erforderte deshalb eine Vermehrung der Hauerzahl, so daß ihr relativer Anteil mit etwas über 50% der Gesamtbelegschaft nahezu konstant blieb. Hinzu kamen ältere, nicht mehr so leistungsfähige Reparatur- und Zimmerhauer, die ebenfalls eine qualifizierte Tätigkeit verrichteten, sowie die jugendlichen Schlepper und Lehrhauer, die sicher sein

konnten, innerhalb einer Spanne von 2-4 Jahren selbst Hauer zu werden. So ergab sich eine sehr einheitliche Arbeiterschaft, deren Ausdifferenzierung altersbedingt war und nicht auf unterschiedliche Ausbildungs- und Qualifikationsniveaus zurückzuführen ist und deren Einheitlichkeit durch die Organisation der Arbeit und der Entlohnung verstärkt wurde.

Bergleute arbeiteten überwiegend in „Kameradschaften“, die aus 2-4 Hauern bestanden, denen eventuell ein Lehrhauer und ein Gedingeschlepper zugeteilt waren; Einzelarbeit war sehr selten. Der Begriff „Lehrhauer“ führt irre, denn eine Ausbildung gab es erst in den 1920er Jahren. Bis dahin mußten die Neuankömmlinge das erforderliche Wissen bei ihren Kameraden abschauen bzw. es sich von ihnen erklären lassen. Ein in anderen Industrien wichtiges Disziplinierungsmittel, die Regelung des Zugangs zur Ausbildung, stand den Zechenbesitzern also nicht zur Verfügung; der Aufstieg zum Hauer verlief quasi automatisch und erforderte keine Prüfung. Es ist darüber hinaus wahrscheinlich, daß den Neulingen nicht nur die erforderlichen technischen Fertigkeiten, sondern auch all die Verhaltensweisen beigebracht wurden, mit denen sie sich gegenüber dem Vorgesetzten, dem Steiger, behaupten konnten.

Die Arbeit selbst war äußerst komplex und stellte vielfältige Anforderungen, die von der „Kameradschaft“ erfüllt werden mußten. Diese war für den gesamten Bereich der Kohlegewinnung zuständig. Sie mußte, möglichst unter Ausnutzung des Gebirgsdruckes - hierin lag die eigentliche Kunst der Hauer - die Kohle gewinnen, sie aussortieren und verladen sowie in die Förderstrecken transportieren. Ferner mußte sie die Strecke instandhalten, die zu ihrer Arbeitsstelle, dem „Ort“, führte, mußte mit dessen Fortschreiten für den Ausbau sorgen, Stempel setzen und erneuern, die Zimmerung durchführen oder überprüfen etc. Zwar wurde ein Teil dieser Aufgaben nach und nach der Zuständigkeit der Kameradschaften entzogen; so gab es seit Ende der 90er Jahre eigene Sprengmeister. Außerdem wurden Neuerungen eingeführt, die zu einer größeren Arbeitsteilung führten; der Umfang solcher Maßnahmen blieb jedoch beschränkt, und die eigentümliche Betriebsorganisation unter Tage wurde insgesamt kaum berührt. Das galt vor allem für die Frage der Aufsicht. In den 1870er Jahren war ein Steiger für etwa 40-50 Arbeiter zuständig; deren Zahl wurde zunehmend größer, und das führte nach der Jahrhundertwende zu Steigerrevieren, die 150-200 Bergleute umfassen konnten, die auf 30-50 Betriebspunkte verteilt waren. Eine Kontrolle war damit nahezu unmöglich; ein-, allenfalls zweimal während einer Schicht konnte ein Steiger für wenige Minuten die verschiedenen Betriebspunkte aufsuchen, so daß die Bergämter um 1900 feststellten: „Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das Aufsichtspersonal auf der überwiegenden Anzahl der Schachtanlagen unzureichend ist⁷.“

⁷ Staatsarchiv Münster, Bergamt Recklinghausen., A 9 Nr. 35, Schreiben des Bergamtes vom 4. 3. 01, sowie Bericht des Königl. Oberbergamtes Dortmund v. 30. 12. 1867; eine andere Auffassung vertritt Klaus Tenfelde, *Der bergmännische Arbeitsplatz während der Hochindustrialisierung (1890-1914)*, in: Werner Conze/Ulrich Engelhardt (Hg.): *Arbeiter im Industrialisierungsprozeß*, Stuttgart 1979, S. 283-335.

An einer umfassenderen Beaufsichtigung schienen die Zechen nicht sonderlich interessiert gewesen zu sein; im Ruhrbergbau gab es bis nach der Jahrhundertwende keine Vorschriften, wie der Abbau vorzugehen habe, wie auszubauen und wie zu zimmern sei. Dies wurde der Entscheidung der Bergleute überlassen, und die Zechen wehrten sich gegen Versuche, genaue Vorschriften, den sog. „systematischen Ausbau“ einzuführen. Erst nach 1905 fand er langsam seinen Einzug, wurde jedoch häufig durch Vorschriften unterlaufen, die derart weit gefaßt waren, daß die Entscheidungen weiterhin von den Bergleuten gefällt werden mußten; ihre Selbständigkeit wurde erst durch die Rationalisierung der 20er Jahre aufgehoben. Für die große Bedeutung, die die Selbständigkeit bis dahin hatte, ihre Beibehaltung und die geringe Aufsicht, sprechen mehrere Gründe. Der handwerkliche Charakter der Kohlegewinnung erlaubte es, die Verantwortung nach unten zu delegieren und sowohl die Kohlegewinnung als auch die Ausbildung und die Organisation des Arbeitsablaufes weitgehend den Gedingen zu überlassen, die somit selbständige Produktionseinheiten bildeten. Ein stärkeres Eingreifen der Zechen wäre am Personalmangel gescheitert und hätte bedeutende Kosten verursacht. Auch hätte eine Ausbildung und genaue Überwachung der Polen und anderer Ausländer ein kaum zu bewältigendes Sprachproblem aufgeworfen; die hohe Fluktuation hätte Organisationspläne nahezu täglich zunichte gemacht usw. Wurde hingegen den Kameradschaften eine große Selbständigkeit eingeräumt, so mußten derartige Schwierigkeiten von diesen selbst gelöst werden, eine auch im Sinne der Zechen effektivere Lösung.

Die Zechen hatten überdies aufgrund des spezifischen Entlohnungssystems keine genauen Angaben und Berechnungen über Arbeitsabläufe und deren Kosten; hier dürfte ein Grund für die erst spät einsetzende Rationalisierung gelegen haben. Bezahlt wurden die Gedinge nach der Anzahl der geförderten Wagen, d. h. nur das Endprodukt wurde entlohnt; der hierfür zwischen dem Gedinge und dem Steiger ausgehandelte Preis sollte alle bei der Förderung, dem Ausbau und der Streckensicherung zu erbringenden Leistungen abdecken.

Es läßt sich dennoch kaum behaupten, die Bergleute hätten ihre Arbeit als besonders selbständig und autonom erfahren; dem stand vieles im Wege. Zum einen die große Gefahr und die enorme körperliche Anstrengung, die mit ihrer Arbeit verbunden waren; vor allem aber die Vorgehensweise der Zechen, die - so scheint es - die mangelnde Kontrolle durch harsche Disziplinarmaßnahmen wettmachen wollten. Das wichtigste Mittel dabei war das Wagennullen: Über Tage wurden die Wagen, die mit der Nummer der einzelnen Gedinge versehen waren, daraufhin überprüft, ob sie ausreichend beladen waren. War das in den Augen der Zechenvertreter nicht der Fall, wurden sie „genullt“, d.h. nicht bezahlt. Hierüber kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen, und die Forderung nach Abschaffung des Nullens bildete in den Streiks einen der zentralen Punkte. Bei diesem Vorgehen wurde nicht in den Arbeitsprozeß eingegriffen, sondern nur das fertige Produkt

begutachtet. Hier lag der eigentliche Grund für die Erregung und Erbitterung der Bergleute: das Nullen, wie auch andere Strafmaßnahmen waren nicht aus den Notwendigkeiten des Arbeitsablaufes ableitbar, sondern mußten als willkürlich erscheinen. Hier dürfte ein wichtiger Unterschied zu anderen Industrien liegen, in denen Zwänge des Produktionsablaufes selbst eine disziplinierende Wirkung hatten, bzw. wo es möglich war, Disziplinierungen als „Sachzwang“ erscheinen zu lassen. Die Erfahrungen der Bergleute dagegen ließen solche Argumente als fragwürdig erscheinen. Ihnen war ein umfassender Bereich an Selbständigkeit und Autonomie überlassen worden, innerhalb dessen sie in Gruppen solidarisch arbeiten mußten. Hier lag ein Handlungspotential, das sich u. a. in den Streiks und der Sozialisierungsbewegung manifestieren konnte, die gewissermaßen ihre Selbständigkeit und Solidarität zum Prinzip erhob und deshalb die Zustimmung der Masse der Bergleute fand, welche taktische Gründe der Einbringung dieser Forderung auch immer zugrunde lagen.

Solidarstrukturen

Die oben erwähnten privaten und halböffentlichen Strukturen bildeten einen Bereich, der sich am besten als „informell“ bezeichnen läßt. Um dessen Bedeutung im einzelnen abzuschätzen, müßte zwischen Einheimischen und Zuwanderern, älteren, verheirateten und jugendlichen, ledigen Arbeitern usw. unterschieden werden. Zusätzlich wäre der Einfluß von landsmannschaftlichen Gruppierungen, Knappschaftsvereinen, Gewerkschaften und Parteien, die Bedeutung der Religion etc. zu berücksichtigen. Das Beispiel der jüngeren Zuwanderer und Arbeiter soll hier kurz erörtert werden. Diese waren besonders mobil und man hielt es für sehr schwierig, sie zu organisieren. Gemeinhin galten sie als der Prototyp der nicht integrierten - deshalb mobilen und radikalen - Arbeiter, die, vom Lande kommend, unter einem „Modernisierungsschock“ zu leiden schienen.

Die jungen Zuwanderer kamen zum Ruhrbergbau aufgrund von Briefen und Berichten ihrer Verwandten oder Bekannten, angelockt durch Versprechungen der Werber und in der Hoffnung auf höheren Lohn sowie bessere Lebensverhältnisse. Die Kommunen betrachteten ihre neuen Einwohner mit einigem Argwohn und ohne besondere Sympathie. Sie sahen keine Veranlassung und auch keine gesetzliche Verpflichtung, sich um deren Sorgen, Belange und Probleme zu kümmern. Die Zechen boten einen Arbeitsplatz - darüber hinaus jedoch so gut wie nichts. Die wenigen Plätze in den Ledigenheimen waren derart unbeliebt, daß um die Jahrhundertwende die meisten Heime leerstanden. Wohnungen für Einzelstehende gab es nicht; die Zechen konnten sie allenfalls auf die Siedlungen verweisen und ihnen empfehlen, dort als Schlafgänger eine Bleibe zu suchen. Angesichts unzureichender staatlicher Interventionen, versagender Marktmechanismen und Zechenverwaltungen, die wenig Initiative zeigten, waren die Zuwanderer auf diese Art des Wohnens und andere familiale bzw. halböffentliche Strukturen verwiesen und fast ausschließ-

lich hier wurden Leistungen erbracht. Hier gab es eine Unterkunft, hier fanden sich Anschluß und Kontakte, und hier konnte ein - unterschiedlicher großer - Teil der Freizeit verbracht werden.

Auch im Arbeitsbereich selbst blieben die Leistungen der Zechen beschränkt. Anfänglich arbeiteten Neulinge als Pferdetreiber oder Schlepper. Nach zwei bis vier Jahren wurden sie einem Gedinge zugeteilt, in dem sie als Lehrhauer und dann als Hauer arbeiteten. Vor allem hier wurden ihnen - und zwar von den Arbeitskameraden - die erforderlichen beruflichen Fertigkeiten, Techniken und „Tricks“ beigebracht. In den Gesprächen am Arbeitsplatz, bei der Ein- und Ausfahrt und in der Kaue lernten sie die unterschiedlichen Ansichten und Positionen kennen, konnten Diskussionen verfolgen und an diesen selbst teilnehmen; hier konnten sie neue Bekanntschaften schließen, Freunde finden - und auch Unterkunftsmöglichkeiten bei Kollegen für den Fall, daß sie gerade neu angekommen waren oder aus irgendwelchen Gründen die Familie wechseln wollten bzw. mußten.

All dies geschah, ohne daß die Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, daran Anteil hatten. Bis zur Revolution 1918/19 wurden diese von den Zechenbesitzern nicht als Verhandlungspartner anerkannt, und die Zechentore blieben ihnen verschlossen; die Arbeiterausschüsse, die nach dem Streik von 1905 eingerichtet wurden, und auch die Sicherheitsmänner hatten nur geringe Kompetenzen und konnten kaum Einfluß ausüben. Der eigentliche Arbeitsbereich und vor allem die Lohnfrage lagen außerhalb ihrer Zuständigkeit. Da blieb der Rückhalt im Gedinge und besonders der Wechsel der Arbeitsstätte die wichtigste Möglichkeit der Bergleute, Einfluß zu nehmen, höheren Lohn zu erzielen und bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Das galt besonders für die jungen ledigen Arbeiter, die nicht für Frau und Kinder sorgen mußten und besonders häufig die Arbeits- und Wohnstätte wechseln konnten, da sie als Schlafgänger leicht und vor allem preiswert eine Bleibe finden konnten. Da im Bergbau die Phase des höchsten Verdienstes bereits sehr früh lag (zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr), befanden sie sich in dem Lebensabschnitt, in dem sie sich finanziell am besten standen. Derart abgesichert und unabhängig, konnten sie eher als ihre verheirateten Kollegen ihre Interessen wahrnehmen, die Zechen wechseln und Konflikte austragen.

In den Streiks zeigte sich, daß eine derart individualisierte Konfliktaustragung auch ihre Grenzen hatte; es wurde offensichtlich, wie wichtig ein Zusammenschluß war, durch den Unterstützung, Koordination und einheitliches Vorgehen organisiert werden konnten. Die Bedeutung einer festen Organisation für kontinuierliche Agitation und Arbeit wurde von einer zunehmend großen Zahl der Bergleute erkannt. In den Streiks und den dazwischenliegenden Zeiträumen sahen sie aber auch, daß die Gewerkschaften nur wenig Einflußmöglichkeiten hatten. Um ihrer Situation der Schwäche zu entkommen, strebten die Gewerkschaften einen festen Zusammenschluß und eine straffe Organisation und Führung an. In „wilden“ Streiks

sahen sie eine weitere Schwächung ihrer Position. Sie strebten eine Formalisierung der Arbeitskämpfe an, was ein großes Maß an Disziplin bei den Mitgliedern erforderte. Das war nur schwer mit deren hoher Mobilität zu vereinbaren; es erforderte „geordnete“, stabile Lebensverhältnisse und ließ sich vor allem kaum mit den beständig wechselnden und beständig neue Reaktionen und Gegenwehr der Bergleute herausfordernden Arbeitsverhältnissen in Einklang bringen: Streit um Gedingfestsetzungen, Bewetterung, Ausbau, Holzversorgung, Wagennullten etc. Mehr noch als in anderen Berufen standen dem Bestreben, eine zentrale Tarifpolitik durchzusetzen, Schwierigkeiten im Wege, die in den Alltagserfahrungen begründet waren. Der Rückgriff auf Solidarstrukturen im informellen Bereich konnte wichtiger und effektiver sein als die Hilfe von Gewerkschaften, eine Einschätzung, die der Streik von 1912 bei vielen Bergleuten bestätigt haben dürfte. Er war vom sozialdemokratischen Alten Verband, der polnischen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft vorbereitet worden, wurde jedoch vom christlichen Bergarbeiterverband abgelehnt und endete in einer Niederlage, die vor allem für den Alten Verband verheerende Folgen hatte, weil er den Beweis seiner Schlagkraft und Existenznotwendigkeit schuldig geblieben war. Der Mitgliederstand, der 1908 80 000 betragen hatte, fiel bis 1914 auf weniger als die Hälfte. Auch die Verhaltenszwänge, unter die sich die Gewerkschaften im Krieg und während der Revolution 1918/19 gestellt sahen, konnten die Bergleute nicht davon überzeugen, fortan ihre ganzen Hoffnungen auf ihre Organisationen zu setzen.

Der Rückgriff auf eigene Solidarstrukturen war nicht nur für Bergleute wichtig, sondern auch für die übergroße Mehrheit der Arbeiterbevölkerung des Kaiserreichs, die jedoch aus mehreren Gründen nicht denselben Grad an Autonomie und eine ähnliche Handlungsfähigkeit erlangen konnten. Der wichtigste Faktor dürften andersgeartete Arbeitserfahrungen gewesen sein; wichtig war aber auch, daß Bergleute weitgehend unter ihren Arbeitskollegen wohnten. Zudem waren die Kommunen des Ruhrgebiets nahezu reine Arbeiterstädte, deren zahlenmäßige Mittelschicht zudem zu einem großen Teil aus überständigen Landwirten bestand. Hier gab es das gemischte soziale Wohnen, in dem der Handwerksmeister und der bürgerliche Mittelstand zur Straße hin und die Gesellen und Arbeiter im Hinterhof wohnten, nur in Ansätzen. Die unmittelbare Erfahrung bürgerlicher Normen, Verhaltensweisen, Gebräuche und auch Organisationsformen waren geringer ausgeprägt als etwa in traditionell gewachsenen städtischen Zentren oder in Klein- und Mittelstädten.

Die Solidarstruktur und -erfahrungen hatten jedoch auch unterschiedliche landsmannschaftliche, religiöse und andere Färbungen und somit auch spezifische Grenzen. Diese fanden ihren Niederschlag in landsmannschaftlichen Zentren (z. B. Masuren in Gelsenkirchen, Zuwanderer aus Rybnick und Ratibor in Bottrop), sie manifestierten sich in eigenen Vereinen, Organisationen und auch Gewerkschaften. Hier lebten Unterschiede fort, die im (partei-)politischen und gewerkschaftlichen

Bereich nicht überwunden wurden, die aber in den Arbeitskämpfen zurücktraten, in denen sich die Einheit „elementar“ herstellte. Diese Bewegungen mußten dabei nicht auf Forderungen beschränkt bleiben, bei denen über Lohnforderungen als dem einzigen gemeinsam akzeptablen Nenner eine zerbrechliche Einheit hergestellt wurde; sie konnten zur Sozialisierungsbewegung führen, in der viele der Alltagserfahrungen, der Selbstbehauptungswille und die Unabhängigkeit der Bergleute eine Umsetzung erfuhren.

Identität, Solidarität, Organisation

Die soziale Identität, aus der sich der Mut zur Auflehnung ergab, leitete sich jedoch nicht aus abstrakt bestimmten Klassenpositionen ab, sie baute vielmehr auf spezifischen unterschiedlich geprägten Erfahrungen, die im Falle der Bergleute im besonderen Maße Solidarität ermöglichten, die aber auch gemeinsames Vorgehen erschwerten. Das weist noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß ihre Alltagserfahrungen widersprüchlich waren und nicht idealisiert werden dürfen. Sie waren wesentlich geprägt von materieller Not, schlechten Wohnverhältnissen, harter körperlicher Arbeit, Krankheit und Unfällen. Fraglos gab es immer wieder Auseinandersetzungen und Streitigkeiten zwischen Schlafgängern und ihren Kostfamilien, unter Nachbarn und religiösen und ethnischen Gruppierungen sowie Vereinen. Diese Konflikte erwuchsen aus Enge und Überfüllung, aus Anpassungszwängen und den eingeschränkten Möglichkeiten, private Rückzugsbereiche oder gar eine Intimsphäre aufzubauen und zu verteidigen. Das jedoch war nicht alles; sie boten auch die Möglichkeit, in Auseinandersetzung mit all diesen Schwierigkeiten eine Identität aufzubauen und sich, wenn auch letzten Endes ohne den erhofften Erfolg, zu wehren.

Ein Ansatz, der Lebens- und Arbeitsbedingungen in erster Linie unter politischen, taktischen und strategischen Gesichtspunkten untersucht, greift zu kurz. Es wäre aber ebenso verfehlt, die Bedeutung dieser Fragestellungen zu leugnen, sie auszuklammern und statt dessen die „Basis“ zum Fetisch zu erheben. Es gab vielmehr, wie dieser Beitrag zeigen sollte, zwei Bereiche: einen formellen, öffentlichen und einen informellen Bereich, die beide ihre eigenen Strukturen, Gesetzmäßigkeiten, Verhaltensweisen sowie Verhaltensanforderungen hatten. Beide erbrachten spezifische Leistungen, beide hatten - bei allen Übergängen und gegenseitigen Abhängigkeiten - eine Eigenständigkeit, und sie standen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Hier könnte die Diskussion um Strategien und Taktiken ansetzen und versuchen, dieses Spannungsverhältnis und die Ansätze im informellen Bereich fruchtbar zu machen. Im hier untersuchten Zeitraum ist das den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen nicht gelungen; vielmehr ergab sich eine „Lösung“ des Problems dadurch, daß der informelle Bereich zunehmend an Bedeutung verlor und sich gegen staatliche, institutionelle und marktwirtschaftliche Zugriffe nicht behaupten konnte. Die Verhaltensanforderungen des öffentli-

chen Bereichs setzten sich durch und prägten in immer größerem Umfang auch den Alltag, womit allerdings Verluste verbunden waren; darauf weisen derzeit das Unbehagen an der Macht der Institutionen und nicht zuletzt die zahlreichen Bürger- und Alternativbewegungen hin.

Die anfangs genannten „elementaren“ Triebkräfte hat es somit gegeben; sie gründeten auf spezifischen Strukturen, auf denen die besondere Handlungsfähigkeit der Bergleute aufbaute; sie sind jedoch größtenteils in Vergessenheit geraten und finden sich nur noch in den Erzählungen älterer Bergleute, die zu Recht mit Stolz über ihre Erfahrungen und auch ihre enttäuschten Hoffnungen berichten.